

Linz, 15. Dezember 2017

PRESSEGESPRÄCH

Aktuelle Spectra/IWS-Studie:

**Was denken die Oberösterreicher
Über Gemeindezusammenlegungen,
Lehre und Studium, Dezentralisierung
und Steuerautonomie für die Länder?**

Als Gesprächspartner stehen zur Verfügung:

DI Peter Bruckmüller

Spectra-Marktforschung

Prof. Gottfried Kneifel

IWS-Geschäftsführer

Dr. Kurt Pieslinger

IWS-Geschäftsführer

82 Prozent für Aufwertung von Handwerksberufen -> mehr Maturanten in die Lehre Teure Meister-Kurse und Gratis-UNI für 64 Prozent ungerecht

Frei nach Hans Sachs' „Verachtet mir die Meister nicht...“ lässt sich aus den Ergebnissen ein klares Plädoyer für den Meisterberuf herauslesen. 82 Prozent der Befragten befürworten „sehr“ die Aufwertung der Lehre mit Meisterprüfung, 64 Prozent befürworten nachdrücklich die ausgleichende Gerechtigkeit bei den Ausbildungskosten von „Master“ und „Meister“ – wenn Meister zahlen, sollen auch Studenten bezahlen. Und die Aussage „mehr junge Menschen in die akademische Ausbildung“ findet nur bedingt Unterstützung.

IWS-GF Gottfried Kneifel fordert mehr Durchlässigkeit unseres Bildungssystems mit dem Ziel, dass Lehrlinge nach abgeschlossener Lehrabschlussprüfung zukünftig ohne Berufsreifeprüfung an der Universität oder Fachhochschule inskribieren und eine fachlich einschlägigen Studienrichtung belegen können. Somit wäre für eine Fachkraft mit Lehrabschluss Elektrotechnik ein Studium der Elektronik, Mechatronik oder Elektrotechnik möglich. Es sei hoch an der Zeit, eine abgeschlossene Lehre einer Maturaqualifikation für bestimmte Studienrichtungen gleichzustellen.

Die verlangte Durchlässigkeit sollte es auch in umgekehrter Richtung geben, nämlich mehr Maturanten für eine verkürzte Lehrausbildung zu gewinnen. Die Umfrage zeigt eine Trendwende zum Thema „Erhöhung der Akademikerquote“, wie sie von OECD und Politik vertreten wird. Noch 2014 empfehlen bei einer Umfrage 75 Prozent den Jugendlichen eine akademische Ausbildung, nur neun Prozent eine Lehre bzw. Meisterausbildung, während 2017 bereits 82 Prozent eine Aufwertung der Meisterausbildung empfehlen. Matura und verkürzte Lehrausbildung sind ein wichtiges Ziel zur Behebung des Problems von Fachkräften. 2016 waren es bereits 176 Maturanten, die nach der Matura eine Lehre begonnen haben – ein Thema, das die Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) seit Jahren propagiert.

Klare Mehrheit für enge Gemeinde-Kooperationen 77 Prozent der Bevölkerung dafür – nur 13 dagegen

Einigkeit herrscht in der Frage der Gemeindezusammenlegungen. Auch wenn nicht gleich eine Zusammenlegung benachbarter Gemeinden möglich ist, sollte zumindest eine engere Zusammenarbeit – auch zum Preis von etwas längeren Wegen und Wartezeiten – angestrebt werden: Das Umfrageergebnis liegt hier bei 77 zu 13 Prozent für verstärkte Kooperationen.

IWS wird dazu eine Konferenz zum Thema „Gemeinden zwischen Schuldenbremse, Kooperationen und Fusionen – Erfahrungsberichte“ veranstalten. Die oft mehr als 150 Jahre alte Gemeindestruktur gilt jedenfalls für immer mehr Gemeindebürger in OÖ als nicht mehr „in Stein gemeißelt“. Unbestritten ist eine 77-Prozent-Mehrheit für mehr Zusammenarbeit der Gemeinden – nicht nur im privatwirtschaftlichen Bereich sondern auch bei den hoheitlichen Kompetenzen wie z. B. in Bauangelegenheiten.

Deutliches JA für mehr Bundesstellen in den Ländern 57 Prozent der Bevölkerung für Ämter-Verlagerung

Nicht ganz so massiv, aber doch in absoluter Mehrheit (57 zu 32 Prozent) hält die Bevölkerung die Verankerung von Bundesstellen öffentlicher Institutionen außerhalb Wiens für sinnvoll.

Kneifel: Gerade im Zeitalter der Elektronisierung und Digitalisierung wandern die Akte und nicht mehr die Bürgerinnen und Bürger. Bundes-Dienststellen in den ländlichen Regionen bringen Arbeit, Beschäftigung und Wertschöpfung und vermindern stundenlange Pendlerfahrten sowie Staus in den Zentren.

Pattstellung bei den Themen Freihandel und Infrastrukturprojekte

Das Thema Freihandel polarisiert. Die Trennlinie zwischen Befürwortern und Gegnern teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Lager. Demografisch gesehen tendieren die bildungsferneren Schichten eher zum Freihandel als die Bildungselite. Bei aller Reserviertheit gegenüber dem Freihandel gesteht man aber zu, dass dieser den Export ankurbelt.

Das Wirtschaftswissen ist besser als manchmal behauptet, der Zusammenhang zwischen Freihandel und Export ist der Bevölkerung deutlich bewusst, resümiert IWS-GF Kurt Pieslinger. Die Sorge um Umwelt und soziale Verschlechterungen ist bei allen bisher abgeschlossenen Freihandelsabkommen unbegründet. Es ist zu hoffen, dass das vor kurzem abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU möglichst rasch genehmigt wird.

Die Mitbestimmungsrechte bei großen Infrastrukturprojekten sind ein heikles Thema und polarisieren: Eine Hälfte der Bevölkerung (47 Prozent) ist für beschleunigte Verfahren für den Preis von etwas eingeschränkten Mitbestimmungsrechten, die andere Hälfte (43 Prozent) ist für die Aufrechterhaltung aller Rechte.

Diese Auffassung wird mit steigendem Bildungsgrad tendenziell stärker vertreten.

Knappe Mehrheiten sind für Steuerautonomie und Diesel-Kraftstoff

In der Frage von Finanzausgleich und Steuerautonomie gibt es eine tendenzielle Mehrheit – 48 zu 40 Prozent – für die Steuerautonomie der Länder und Gemeinden. Bemerkenswert ist, dass Maturanten und Akademiker eher die Steuerhoheit des Bundes befürworten.

Pieslinger: Zu diesem Thema ist eine Trendwende festzustellen, während 2015 bei einer Umfrage noch 78 Prozent für die Steuerhoheit beim Bund waren und nur 18 Prozent eine Steuerhoheit für die Länder befürworteten, sind es heute nur noch 40 Prozent, die eine Steuerhoheit des Bundes vorziehen und schon 48 Prozent, die für eine Steuerhoheit der Länder plädieren. Hier sind die Schweiz und Deutschland durchaus positive Beispiele.

Nur eine dünne Mehrheit – 51 zu 40 Prozent – findet sich für die Ablehnung des Diesel-„Bashings“ bei gleichzeitiger Förderung von Strom als Kraftstoff.

Diese letzte Fragestellung – Diesel oder Strom für Autoantrieb – ist übrigens die einzige, in der auch die 15- bis 29-Jährigen klar Stellung beziehen (zugunsten von Strom). In allen anderen Fragestellungen entschlagen sich bis zu fast 30 Prozent dieser Altersgruppe einer Antwort – ob aus Nichtwissen oder Desinteresse, sei dahin gestellt.

Auch wenn die Elektromobilität von Politik und Medien massiv unterstützt wird, ist die Bevölkerung noch nicht wirklich überzeugt, wie die Umfrage zeigt. Welche Technologie sich durchsetzen wird – Elektro, Wasserstoff oder Erdgas –, ist noch völlig offen. Daher sind politische Lenkungsmaßnahmen in Richtung einer Technologie verfehlt. Statt Direktförderungen sollte vielmehr massiv in Forschung investiert werden.

Report

Das Meinungsbild zu aktuellen (wirtschafts)politischen Themen in OÖ

November 2017



SPECTRA
MARKTFORSCHUNG

Qualität aus Überzeugung

Spectra Marktforschungsgesellschaft mbH.
Brucknerstraße 3-5/4, A-4020 Linz
Telefon: +43 (0)732 6901-0, Fax: 6901-4
E-Mail: office@spectra.at, www.spectra.at

Auftraggeber:



Aufgabenstellung:

Ziel der Studie war es, das Meinungsbild zu ausgewählten (wirtschafts)politischen Themen in OÖ zu eruieren.

Stichprobe:

Es wurden n=500 Oberösterreicher, repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung ab 15 Jahre befragt.

Methodik:

Die Befragungen wurden in Form von telefonischen (CATI)-Interviews von 45 geschulten und durch Supervisor kontrollierten Spectra-Interviewern über das Spectra-eigene CATI-Studio abgewickelt.

Timing:

Die Feldarbeit fand vom 8. bis 23. November 2017 statt.

Dokumentation:

Die statistischen Fehlerspannen, die Struktur der Befragten, die Tabellen und der Fragebogen befinden sich im Anhang.

Legende:

 **GRÜNE** Markierungen heben signifikante **positive** Unterschiede zwischen Gruppen hervor bzw. verweisen auf **positiv** hervorzuhebende Werte.

 **ROTE** Markierungen heben signifikante **negative** Unterschiede zwischen Gruppen hervor bzw. verweisen auf **negativ** hervorzuhebende Werte.

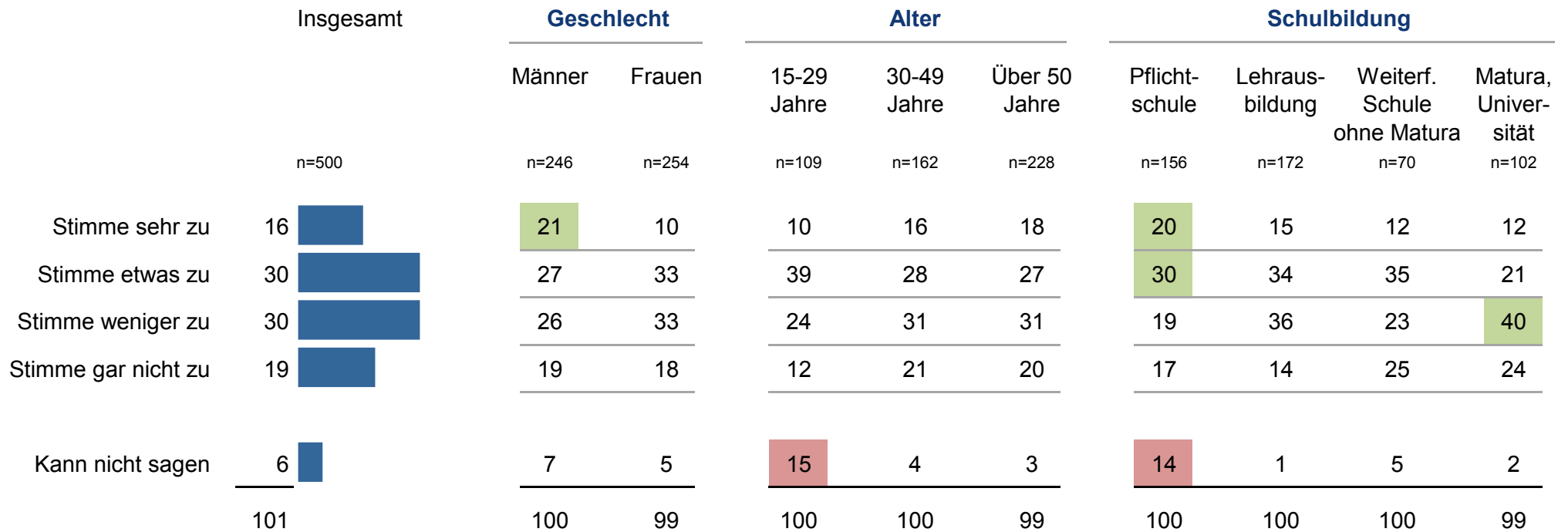
Projektleiter:


Di Peter Bruckmüller

Soweit in diesem Report personenbezogene Ausdrücke verwendet werden, umfassen diese Frauen und Männer gleichermaßen.
Prozentwert-Summen, die nicht genau 100% ergeben, resultieren aus Rundungsdifferenzen.
Ergebnisse auf Basis n < 80 stellen lediglich Indikationswerte dar.

Frage 1: Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zum Thema Freihandelsabkommen zu oder nicht zu? „Ein starkes Exportland wie Oberösterreich braucht den Freihandel, auch wenn damit manchmal Nachteile für die Umwelt oder den Sozialbereich verbunden sind.“ *)

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %

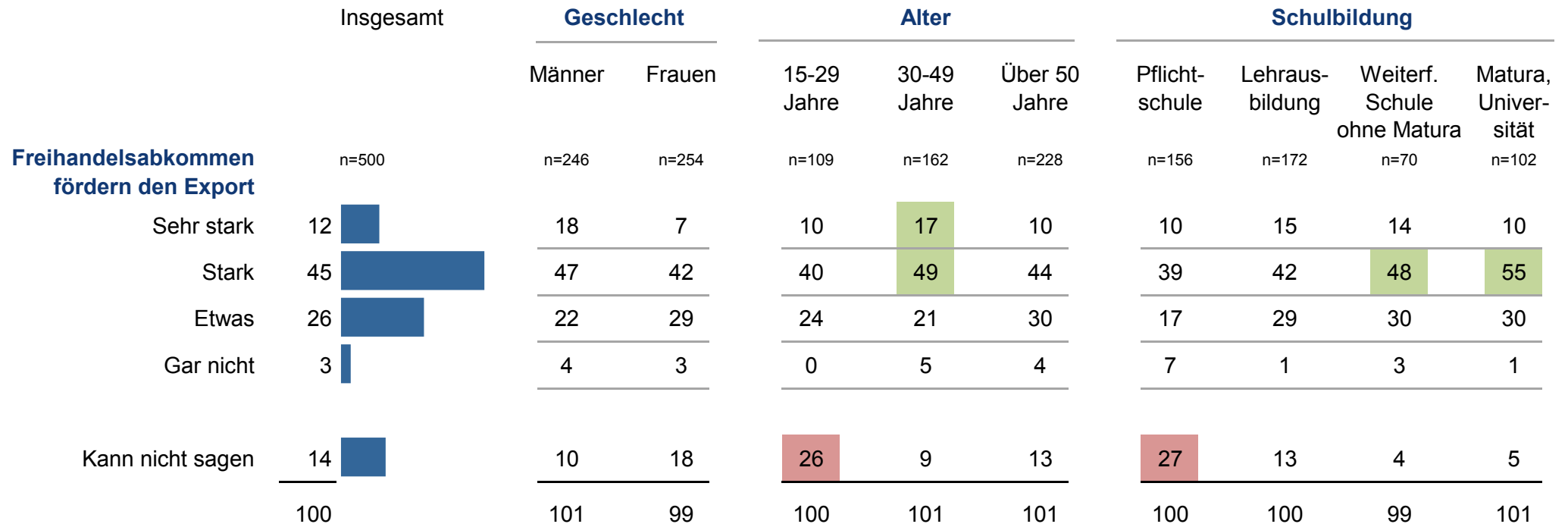


*) Frage 1+2 wurden zur Neutralisierung eines möglichen Reihenfolgeeffekts in Halbgruppen rotiert abgefragt

Freihandelsabkommen werden als Treiber des Exports gesehen

Frage 2: Was vermuten Sie, wie stark fördern Freihandelsabkommen die Exporte oberösterreichischer Waren in andere Länder? Würden Sie sagen Freihandelsabkommen fördern die Exporte oberösterreichischer Waren in andere Länder – *)

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %



*) Frage 1+2 wurden zur Neutralisierung eines möglichen Reihenfolgeeffekts in Halbgruppen rotiert abgefragt

Master vs. Meister: Ein Plädoyer für den Meisterberuf

Frage 3: Es wird immer wieder darüber geredet, ob es gut oder schlecht ist, dass immer mehr junge Menschen studieren gehen und gleichzeitig immer weniger junge Menschen einen handwerklichen Beruf ergreifen. Ich lese Ihnen zu dieser Thematik ein paar Aussagen vor und Sie sagen mit bitte zu jeder Aussage, ob diese Ihrer Meinung nach sehr, etwas oder gar nicht zutrifft.

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %

Item 1: Wir brauchen mehr handwerkliche Fachkräfte, daher sollen Handwerksberufe mit Lehre und Meisterprüfung aufgewertet werden.

Item 2: Je höher der Bildungsgrad, desto eher bekommt man einen Job. Es sollen daher möglichst viele junge Menschen eine akademische Ausbildung machen.

Item 3: Studenten zahlen keine Studiengebühr. Ein Facharbeiter, der die Meisterprüfung machen will, muss alle Kosten dafür selbst tragen. Das ist ungerecht – es sollte Studien- und Ausbildungsgebühren für alle geben.

Item 1: Handwerksberufe aufwerten!

Item 2: Junge Menschen in die akademische Ausbildung!

Item 3: Studien- und Ausbildungsgebühren für alle!

Trifft zu

Trifft zu

Trifft zu

Sehr

Etwas

Sehr

Etwas

Sehr

Etwas

Insgesamt n=500



Alter

15-29 Jahre n=109



30-49 Jahre n=162



Über 50 Jahre n=228



Schulbildung

Pflichtschule n=156



Lehrausbildung n=172



Weiterf. Schule ohne Matura n=70



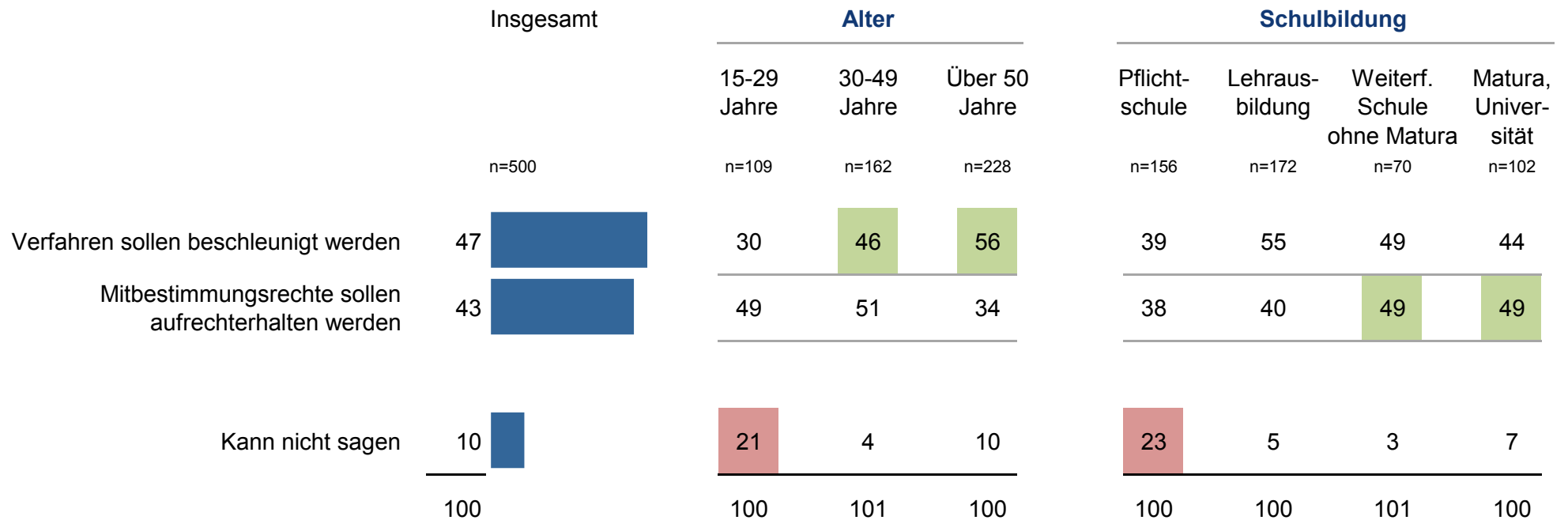
Matura, Uni n=102



Mitbestimmungsrechte bei Infrastrukturprojekten sind ein heikles Thema und polarisieren

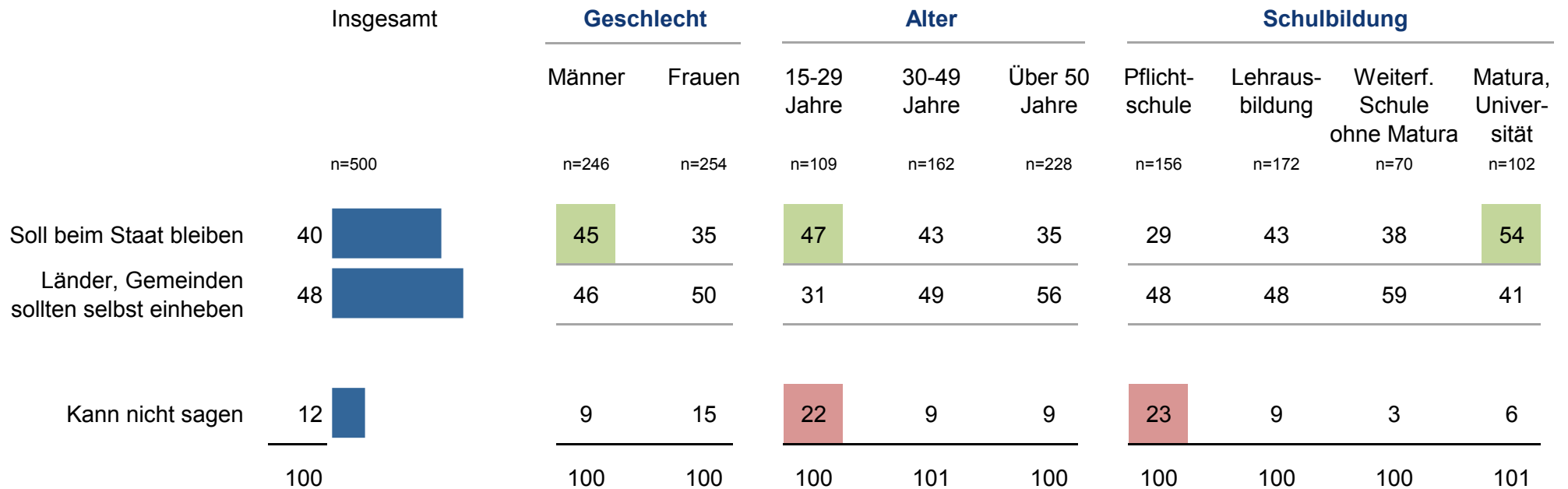
Frage 4: In letzter Zeit sind große Infrastrukturprojekte wie zum Beispiel der Linzer Westring, die vierte Linzer Donaubrücke oder die dritte Landebahn am Flughafen Wien wegen der ausgeprägten Mitbestimmungs-Rechte für Bürger teilweise um Jahre gebremst bzw. zurückgeworfen worden. Sollen die Verfahren für solche Projekte in Zukunft beschleunigt werden, auch wenn dadurch die Mitbestimmungsrechte der Bürger etwas eingeschränkt werden, oder sollen die Mitbestimmungsrechte der Bürger in dem Umfang wie bisher aufrechterhalten werden?

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %



Frage 5: Derzeit nimmt der Staat alle Steuern in Österreich ein und stellt Teile davon über einen komplizierten Finanzausgleich den Ländern und Gemeinden zur Verfügung. Jetzt wird darüber diskutiert, dass die Länder und Gemeinden die für ihre Aufgaben erforderlichen Mittel über bestimmte Steuern, z.B. die Einkommenssteuer, direkt und selbst einheben sollen. Sollte es Ihrer Meinung nach dabei bleiben, dass der Staat alle Steuern einhebt oder sollten Länder und Gemeinden in die Lage versetzt werden, zumindest einen Teil der Steuern selbst einzuhoben.

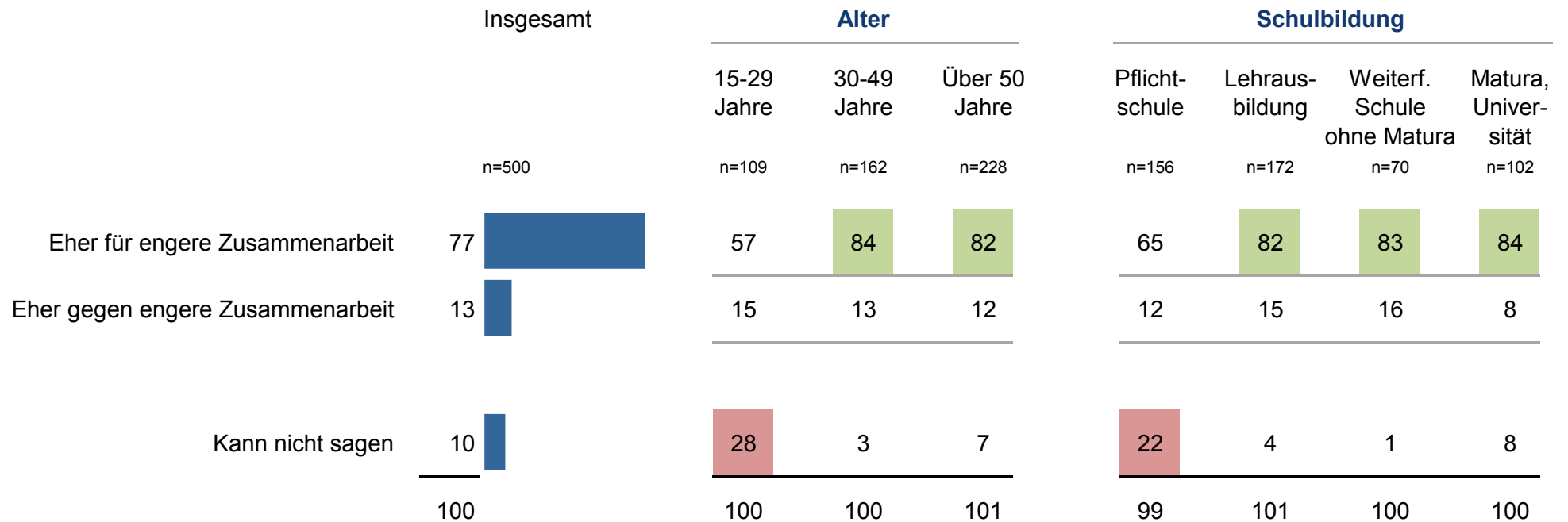
Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %



Die Gemeinden sollten enger zusammenarbeiten

Frage 6: Kurz zum Thema Zusammenlegung von Gemeinden: Dazu gibt es die Überlegung, dass benachbarte Gemeindeverwaltungen bei möglichst vielen Aufgabenbereichen eng zusammenarbeiten sollten, auch wenn die Gemeinden nicht gleich zusammengelegt werden können. Sind Sie grundsätzlich eher für oder eher gegen so eine engere Zusammenarbeit, auch wenn sich dadurch für Sie als Bürger etwas längere Wege und Wartezeiten ergeben könnten?

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %



Befürwortung der Verlegung von Bundesstellen öffentlicher Institutionen in die Bundesländer

Frage 7: In Österreich sind so gut wie alle Bundesstellen von öffentlichen Institutionen in Wien beheimatet. In Deutschland und der Schweiz sind diese über mehrere Regionen verteilt. Halten Sie es für sinnvoll, dass in Zukunft auch in Österreich versucht wird, die Bundesstellen öffentlicher Institutionen vermehrt außerhalb Wiens zu verankern, oder ist das aus Ihrer Sicht nicht sinnvoll.

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %

	Insgesamt	Geschlecht		Alter			Schulbildung			
		Männer	Frauen	15-29 Jahre	30-49 Jahre	Über 50 Jahre	Pflichtschule	Lehrausbildung	Weiterf. Schule ohne Matura	Matura, Universität
	n=500	n=246	n=254	n=109	n=162	n=228	n=156	n=172	n=70	n=102
Verankerung außerhalb Wiens sinnvoll	57	62	51	40	68	57	45	63	60	62
Nicht sinnvoll	32	30	35	40	25	34	35	29	36	32
Kann nicht sagen	11	8	14	20	6	9	20	8	3	6
	100	100	100	100	99	100	100	100	99	100

Mehrheit unterstützt den Diesel als Kraftstoff, aber Strom-Fangemeinde ist sehr groß

Frage 8: In letzter Zeit ist Diesel als Kraftstoff für Autos stark in Bedrängnis geraten. Man spricht von einem Aus für Dieselfahrzeuge in den nächsten 10-20 Jahren. Gleichzeitig wird Strom als Kraftstoff für Autos stark in den Vordergrund gerückt und es werden elektrisch betriebene Fahrzeuge intensiv gefördert. Ist es Ihrer Meinung sinnvoll oder nicht sinnvoll, dass man das Aus des Diesels anstrebt und gleichzeitig Strom als Kraftstoff stark fördert?

Basis: Oberösterreichische Bevölkerung / Angaben in %

